

022 K 013/23



AMTSGERICHT RECKLINGHAUSEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 02. Oktober 2024, 11:00 Uhr,
im Amtsgericht Recklinghausen, Reitzensteinstraße 17 - 21, I.
Obergeschoss, Saal 127**

der im Grundbuch von Herten Blatt 11462 eingetragene Grundbesitz

Grundbuchbezeichnung:

A) 148/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Herten, Flur 77, Flurstück 892, Gebäude- und Freifläche, Sedanstr. 37, groß: 1661 m², verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, mit Kellerraum, im Aufteilungsplan mit Nr. 6 bezeichnet

B) 148/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Herten, Flur 77, Flurstück 891, Gebäude- und Freifläche, Sedanstraße 37, groß: 64 m²

versteigert werden.

Die Wohnung befindet sich im Dachgeschoss rechts und verfügt über eine Wohnfläche von ca. 52 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.05.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

A) Wohnung Nr. 6: 70.850,00 EURO;

B) Miteigentumsanteil an Flurstück 891: 2.150,00 EURO,

insgesamt: 73.000,00 EURO.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Recklinghausen, 04.06.2024